



Ehrung von Hans-Dieter Steenbock

LENNE. Mit dem Bundesverdienstkreuz wurde Lennes langjähriger Bürgermeister Steenbock ausgezeichnet.

» SEITE 14



Superintendentin feierlich eingeführt

AMELUNGSBORN. Christiane Nadjé-Wirth ist gestern in Amelungsborn in ihr neues Amt als Superintendentin eingeführt worden.

» SEITE 11

Schneller, spannender, weiblicher...



NEUHAUS/SILBERBORN. Neue Strecken und ein kürzeres „Beiprogramm“ – so wurde die 56. Reitjagd im Solling angekündigt. Davon ließen sich die Fans dieser Traditionsveranstaltung aber nicht abhalten – etwa 400 Besucher standen an den bekannt günstigen Punkten, um dem Treiben der Niedersachsenmeute und dem Können der Reiter und Reiterinnen zuzuschauen. Auch in diesem Jahr fiel auf: Immer mehr junge Amazonen bestimmen das Bild dieser Reitjagd. Insgesamt wirkt die Veranstaltung jünger, spritziger – und schneller. Da wurden auch die schwierigeren Hindernisse mit Bravour genommen. Nur ein Sturz – zum Glück ohne Verletzungen – wurde am Ende gezählt. Auch das natürlich ein Faktor für die große Zufriedenheit bei allen Beteiligten.

FOTO: JBO

» SEITE 11

WETTER



HEUTE 13° | 9°
MORGEN 13° | 7°

POLITIK

Lauterbach warnt vor Corona-Welle

BERLIN. Der SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach warnt vor stark steigenden Corona-Infektionszahlen bei Kindern. „Wir werden nach den Herbstferien deutlich mehr Ausbrüche in den Schulen erleben, weil die Kinder nicht mehr lange lüften können“, sagte er dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND).

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 10, 19, 22, 26, 28
Superszahl: 2
Spiel 77: 2 7 7 6 2 1 9
Super 6: 0 9 3 9 4 0
ohne Gewähr

SPORT

Impfdebatte um Joshua Kimmich

MÜNCHEN. Der deutsche Nationalspieler Joshua Kimmich vom FC Bayern München hat mit Aussagen zum Impfverzicht eine heftige Diskussion ausgelöst. Die Debatte weitet sich angesichts einer gesellschaftlichen Vorbildfunktion Kimmichs über den Fußball hinaus aus.

SO ERREICHEN SIE UNS

Redaktion: 05531/9304-31
redaktion@tah.de
Anzeigen: 05531/9304-40
anzeigen@tah.de
Aboservice: 05531/9304-38
vertrieb@tah.de
Zentrale: 05531/9304-0
info@tah.de
Anschrift: 37603 Holzminden
Zeppelinstraße 10



Niedersachsens Umweltminister will Klimaziele schnell verschärfen

Lies hält Gesetz von Ende 2020 schon nicht mehr für ausreichend – Kommt Photovoltaikpflicht?

VON MICHAEL B. BERGER

HANNOVER. Niedersachsens Klimaschutzpläne werden womöglich noch in dieser Wahlperiode verschärft. Umweltminister Olaf Lies (SPD) will ein neues Klimagesetz verwirklichen, das dem Land ehrgeizigere Ziele setzt als bislang. Der Koalitionspartner CDU zeigt sich gesprächsbereit.

Lies schlägt vor, den öffentlichen Personennahverkehr zu stärken, vor allem auf dem flachen Land. „Hier brauchen wir eine höhere Qualität und Quantität. Ein Zwei-Stunden-Takt im ländlichen Raum ist kein ernsthaftes Angebot“, betonte Lies. Vielmehr müssten neben der Einführung einer Mindesttaktung intelligenter Modelle für On-Demand-Verkehre, Sammeltaxis oder auch Bürgerbusse erprobt und zukünftig schrittweise flächendeckend ange-

boten werden. Das Land müsse zudem bei der Förderung von Unternehmen stärker darauf achten, ob Subventionen aktiv zum Klimaschutz beitragen, so der Umweltminister. Schärfere Beschränkungen sollte man auch beim gesetzlich erlaubten Verbrauch von Flächen einführen. Hierzu müsste das Naturschutzgesetz angefasst werden.

„Wir wollen auch kein Landesgesetz haben, das hinter die künftigen Vorschriften des Bundes zurückfällt.“

Olaf Lies (SPD), Umweltminister

Das bisherige, erst im Dezember 2020 verabschiedete Klimagesetz nannte Lies „ambitioniert, aber nicht gerade überambitioniert“. Die Opposition hatte an dem Gesetz heftige Kritik geübt. Es gibt

vor, das Niedersachsen bis 2050 klimaneutral sein soll.

Lies betonte, es bestehe schon deshalb Handlungsbedarf, weil das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich eine konkretere Klimagesetzgebung verlange. „Da wollen wir als Land natürlich unseren Teil beitragen. Wir wollen auch kein Landesgesetz haben, das hinter die künftigen Vorschriften des Bundes zurückfällt“, sagte der niedersächsische Umweltminister.

Ein Thema sei in der Regierungskoalition mit der CDU in Hannover schon angesprochen worden: die Verpflichtung, bei privaten Neubauten Photovoltaik aufs Dach zu setzen. „Wir müssen natürlich auch als Land mit gutem Beispiel vorangehen und in unsere eigenen Immobilien wie auch die eigenen Fahrzeuge investieren“, sagte der SPD-Politiker. Dies sei angesichts

steigender Energie- und Baukosten nicht zuletzt wirtschaftlich geboten. „Wenn wir jetzt nicht forciert investieren, wird es am Ende teurer für das Land – und für die Steuerzahlerinnen und -zahler.“ Wie viel das Land in den kommenden Jahren investieren müsse, sagte der Minister indes nicht. Lies will seine Pläne Anfang kommenden Jahres in den Landtag bringen.

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Martin Bäumer, bezeichnete Lies' Vorhaben als „von den Zeitabläufen her sehr ehrgeizig“. Die Wahlperiode endet in knapp einem Jahr. „Dass wir in allen Bereichen Konkretisierungsbedarf bei der Erreichung der Klimaziele haben, ist unstrittig“, sagte Bäumer. Man müsse nun in einer zweiten Runde aber konkret darstellen, was man vorhabe und was das koste. Das sei noch nicht geschehen.

Erdogan droht Botschaftern

ISTANBUL/BERLIN. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat mit der angeordneten Ausweisung von zehn Botschaftern die Beziehungen des Westens zur Türkei vor eine neue Belastungsprobe gestellt. Die betroffenen Staaten, darunter Deutschland und die USA, berieten am Sonntag über eine angemessene Reaktion.

Erdogan hatte zuvor im westtürkischen Eskisehir gesagt, er habe das Außenministerium angewiesen, die zehn Botschafter zur „Persona non grata“ zu erklären. Ein solcher Schritt bedeutet in der Regel die Ausweisung der Diplomaten.

Hintergrund der Äußerungen Erdogans ist eine Erklärung der Botschafter von Anfang der Woche. Darin fordern sie die Freilassung des türkischen Unternehmers und Kulturförderers Osman Kavala. Der 64-Jährige sitzt seit 2017 in Istanbul in Untersuchungshaft. Ihm wird unter anderem „politische und militärische Spionage“ vorgeworfen.

Ein Do-it-yourself-Haus im Problemviertel

Bremerhaven versucht sich an neuem Projekt zur Stadtentwicklung – und setzt auf Engagement

VON JANET BINDER

BREMERHAVEN. Nach niederländischem Vorbild hat die Stadt Bremerhaven im Problemviertel Goethequartier ein neues Projekt zur Stadtentwicklung initiiert: Aus einer ehemaligen Schrottimobilie wird derzeit ein Klushuizen, ein Do-it-yourself-Haus. Die städtische Wohnungsgesellschaft Stäwog hat das Gebäude aus der Gründerzeit gekauft und die äußere Hülle saniert. Nun bietet sie die acht

entkernten Wohnungen Menschen preisgünstig an, die Geld für den Ausbau mitbringen und sich im Viertel engagieren wollen. Wände müssen gesetzt, Wasser- und Stromleitungen verlegt, Heizkörper, Bad und Küche installiert werden. „Es geht uns nicht um Rendite, sondern um Quartiersentwicklung“, sagt Markus Wickmann von der Stäwog.

Im Goethequartier in Bremerhaven-Lehe lebt jedes zweite Kind in Armut, jeder

dritte Erwerbsfähige ist hier arbeitslos, die Anzahl der verwahten Immobilien ist hoch – dazu gehörte auch das von der Stäwog auf den Namen „Louis“ getaufte Mehrfamilienhaus. Kaufinteressenten für die bis zu 66 Quadratmeter großen Wohnungen im Klushuizen-Projekt können sich noch bis zum 31. Oktober bewerben.

„Uns ist wichtig, dass da Menschen einziehen, die hier leben und sich engagieren möchten“, sagt Stäwog-Mit-

arbeiterin Sabine Septinus. In Rotterdam startete das Klushuizen-Projekt 2004 als Experiment, um Menschen aus höheren sozialen Schichten in einem Problemviertel anzusiedeln. Das Konzept etablierte sich in anderen niederländischen Städten – und schwappt nun rüber nach Deutschland.

In Gelsenkirchen etwa wurden auch schon ähnliche Modellprojekte angeschoben, ein Klushuizen könnte folgen. „Man muss nur aufpassen, dass man die neuen Bewohner



Die Wohnungen in dem Gründerzeithaus sind entkernt, der weitere Ausbau ist nun Sache der Käufer. FOTO: SINA SCHULDT/DPA

nicht überfordert mit dem Ausbau“, meint Helga Sander, die Geschäftsführerin der dortigen Stadterneuerungsgesellschaft.